

19. I. 1917

Etasreden im Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 18. Januar.

(Fortsetzung.)

Vizepräsident des Staatsministeriums v. Breitenbach: Die Ablehnung unseres Friedensangebotes durch die Entente hat auch in diesem Hause nur das eine Gefühl ausgelöst: Nun Kampf für unser geliebtes Vaterland bis zum äußersten! (Beifall.) Wir kämpfen Volk gegen Volk, Waffen gegen Waffen, aber noch mehr: wir kämpfen gegen die furchtbaren Weltkriegen, welche die Feinde erlitten haben, wir kämpfen gegen die Peinlichkeiten, mit denen sie den Erdball umspannen haben. (Sehr richtig!)

Das ist vielleicht der schwerste Kampf, weil es der Kampf der Wahrheit gegen die Lüge ist. Weil aber unsere Feinde diese Kampfsmethode bevorzugen, haben sich die Taten unserer Armeen und unserer Flotte nur um so leuchtender ab. Wir können in der Tat nicht genug tun in Dankfagung an unserer Volksheldentum und unsere Flotte. Wir beugen uns Haupt vor solchem Heldentum und vor solchem Opfermut. (Beifall.)

Der Ernst und die Schwere des Krieges nötigen uns, immer wieder zu der Frage: was kann geschehen, um Deutschland den Frieden zu bringen? Das hochherzige Friedensangebot ist frivolo zurückgewiesen worden. Andere Wege haben die Vorkredner gekennzeichnet, namentlich haben sie die Verschärfung des U-Bootkrieges verlangt. Die Verantwortung hierfür liegt verfassungsgemäß beim Reichstanzler, wo alle Fäden der hohen Politik zusammenlaufen. Im vaterländischen Interesse wäre es im höchsten Maße erwünscht, wenn von der Volksvertretung des führenden Bundesstaates die Politik des Reiches nach Möglichkeit unterstützt würde.

Mit solchen Kriegszielen, wie sie der Abg. v. Kardorff ausgesprochen hat, daß der Frieden dem Ertrag der militärischen Lage entsprechen müsse, wird sich wohl jeder Vertreter der hohen Politik einverstanden erklären können. Wie in vielen Fragen, so stehen wir auch in dieser turmhoch über unseren Feinden. In unserer inneren Geschlossenheit liegt ein außerordentlicher Machtfaktor.

Gegen die Kanzlerfeinde.

Wer sich bedrungen fühlt, gegen die Politik des leitenden Staatsmannes Stellung zu nehmen und je nach der Festigkeit seiner Stellungnahme sein Ansehen nach außen zu erhellen, der übernimmt nicht nur für sich, sondern auch vor dem Volke und der Geschichte eine außerordentlich schwere Verantwortung. (Sehr richtig links) auch wenn er sich von seiner inneren Überzeugung getrieben und von noch so hoher patriotischer Gesinnung dazu gezwungen fühlt.

Herr von Bendeband sowie den übrigen Vorkrednern danke ich für die Anerkennung, die sie der Arbeit der Staatsbehörden und der Staatsbeamten während des Krieges haben zuteil werden lassen. Menschliche Unvollkommenheiten sind auch bei dieser Arbeit hervorgetreten. Aber es erhebt uns und spornt an, wenn hier dieser Kleinigkeiten Erwähnung gemacht wird, Leistungen, die nur zum kleinen Teil vorausgesehen werden konnten. Wie als Chef der Eisenbahnverwaltung tut es besonders wohl, wenn in der Zeit so schwerer Arbeit anerkannt wird, welche Schwierigkeiten zu überwinden gewesen sind und welche ungeheuren Lasten auf der Verwaltung ruhen. Fast 26 Monate hindurch ist es uns während des Krieges gelungen, allen Anforderungen auf militärischem und wirtschaftlichem Gebiet voll zu entsprechen. Auch die Schwierigkeiten, die in den letzten Wochen zutage getreten sind, werden sicherlich überwunden werden.

Es kann außerdem erscheinen und gibt zu besonderem Nachdenken Anlaß, daß ein Volk mitten im furchtbaren Kampfe der Weltgeschichte sich Ziele steckt für die Zeit nach dem Krieg. Das geschieht auf allen Gebieten, und ich sehe darin nicht ein Zeichen innerer Unruhe, sondern den Ausdruck des Vertrauens auf den erfolgreichen Ausgang des Krieges. (Auskommung.) Ich sehe hierin das Symptom ruhiger und zuverlässiger Entschlossenheit und den Ausblick auf eine glückliche und hoffnungsvolle Zukunft. (Beifall.) Dieser Optimismus kann bei der Regierung nur sympathisch ankommen. Was ihr an Anregungen, Wünschen und Forderungen zukommt, das die Regierung in ihrer Willigkeit nur berücksichtigen.

Neuorientierung — keine „grundstürzenden Veränderungen“.

Regierung und Volksvertretung sind sich darin einig, daß die ungeheuren Ereignisse dieses Weltkrieges an dem Aufbau und der Gestalt unseres Staatswesens nicht spurlos vorübergehen können. Es wird sich immer nur um das Furchtbare handeln, über das sich Regierung und Volksvertretung zu verständigen und auszugleichen haben werden, und um den Zeitpunkt, der sich der jeweiligen politischen Lage anpassen muß. Nicht etwa, daß unsere gesamten staatlichen Einrichtungen einer grundstürzenden Veränderung unterliegen. Der Aufbau unseres Staatswesens ist so fest, daß hat der Minister des Innern in viel vollendeterer Form hier im Vorjahre schon ausgeführt — hat das Willen und Gelingen des Landes so sehr gefördert, daß man an grundstürzende Veränderungen nicht denken wird. Erhalten wir, was uns so hochgehoben, was uns zum Reide unserer Feinde so groß gemacht hat! Bauen wir aus, was unter dem Wechsel der Zeiten anderungs- und ergänzungsbedürftig ist. Wenn Landtag und Regierung in diesem Sinne an die Reform der Gesetzgebung und der Verwaltung herantreten, wenn volle Gleichberechtigung gewährt wird für alle eifrigen Mitarbeiter an dem großen Friedenswerk und wenn der reiche Quell der Volksträfte heraufsteigt und gefochet wird, wo er sich jetzt, dann werden die furchtbaren Folgen der Weltkatastrophe gemildert werden. Heute aber leben wir nur der Gegenwart und müssen der Gegenwart leben. Wir verlangen vollste Anspannung aller physischen und moralischen Kräfte, wir verlangen äußerste Willkürfüllung von jedem, ununferen Armeen und dem Vaterlande zum endgültigen Siege zu verhelfen, auf den wir alle hoffen und den wir zuverlässig erwarten. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Dr. Friedberg (mitl.): Die Beschäftigung mit den Einzelheiten ist kein Zeichen dafür, daß wir uns verzetteln, sondern ein Zeichen der festen Zuversicht auf einen siegreichen Ausgang des Krieges. Der Vorkredner hat uns ein helles Bild über die Reichsverfassung und die Stellung des Reichstages zum Friedensangebot gehalten, er ist aber dabei nicht vollständig gewesen. Die meisten Friedensverträge enthalten Bestimmungen, die in die innere Gesetzgebung einfließen. Ich halte es für grundverfehrt, in dem Moment, wo das deutsche Volk die allerhöchsten Opfer gebracht hat, seine geordnete Vertretung nicht bei der Aufstellung der Friedensbedingungen mitwirken zu lassen. (Sehr richtig! auf verschiedenen Seiten.)

Das Defizit.

Interessanter als der Vorkredner ist die Rechnung für das Jahr 1915. Das Defizit wurde bei den damaligen Verhandlungen von Finanzminister auf 300 Millionen geschätzt, und auf diese Schätzung gründete sich seine Forderung von 100 Millionen neuer Steuern, um wenigstens einen Teil davon nicht bloß für das Defizitjahr, sondern für die ganze Dauer des Krieges zu benutzen. Das Defizit war viel kleiner und auch nur ein vorübergehendes. Da die Einnahmen erst abgezogen wurde, als das Etatsjahr sich bereits seinem Ende zuneigte, dürfte sie nicht zu sehr an der Wirklichkeit vorbeigefahren. Es ist die alte Politik für Steuerforderungen, die sich nicht an das praktische Bedürfnis hält, sondern auf Einnahmen läuft. Wird die Schätzung dann nicht erreicht, so wird das, was zu viel verein-

nahmt wurde, für weitere Aufgaben aufgespart und nicht herausgegeben. Durch die jetzige Finanzpolitik werden die im Lande vorhandenen Finanzquellen vorzeitig abgegraben. Die Steuerentlastung muß gleichmäßig sein. — Dem Minister Breitenbach kann der Vorkredner nicht erpart sein, daß er dem Ausbau der Wasserstraßen bei weitem nicht das Interesse entgegengebracht hat, wie dem der Eisenbahnen. Wie notwendig das gewesen wäre, zeigen die gegenwärtigen Verhältnisse. Hoffentlich lassen die Herren von der Rechten ihren Widerstand dagegen angeht, der Verhältnisse, wie sie sich entwickeln haben, für die Zukunft fallen.

Fort mit dem alten Klassenwahlrecht!

Zur „Neuorientierung“ wäre es ungemein wichtig, zu erfahren, welche vorbereitenden Schritte unternommen sind. Mit dem alten Klassenwahlrecht ist überhaupt nichts zu machen, das hat vollständig abgewirtschaftet! (Sehr richtig! links.) Die Jmmmediatkommission zur Vorbereitung einer Verwaltungsreform ist aufgelöst worden, ohne daß aus ihren Beratungen irgend etwas Erhebliches herausgekommen wäre. Dabei ist eine Reform dringend nötig, die Staatsaufsicht ist heute vielfach lediglich ein Hemmnis für die Kommunen. Auch auf dem Gebiete der Schulverwaltung darf nicht der Zustand bestehen bleiben, daß die Gemeinde lediglich zu zahlen, zu bestimmen aber allein die Staatsbehörde hat. — Ueber unser Beamtenum wird in manchen Kreisen sehr abgesehen geurteilt. Aber mit Unrecht. Gerade wir in Deutschland und in Preußen können stolz sein auf unser Beamtenum und seine Leistungen, die sich gerade in diesem Kriege so glänzend offenbart haben. Der Dissidentenfrage muß der Unterrichtsminister das notwendige Interesse entgegenbringen. Es handelt sich hier um eine wichtige Gewissensfrage. Man darf unmöglich einen Zwang zum Unterricht in einer Religion ausüben, wenn der Erziehungsberechtigte es nicht wünscht. Das hat vorhin auch der Abg. Gröber anerkannt.

Von allen billig denkenden Neutralen müssen wir wirkliche Neutralität erwarten. Wir hoffen zuversichtlich auf einen Sieg der deutschen Interessen, der auch in Zukunft uns und die Welt vor einer neuen Katastrophe bewahrt. (Beifall bei den Rechten.)

Finanzminister Dr. Koenig: Abg. Dr. Friedberg hat gemeint, die Lehre Siendnovelle sei eigentlich überflüssig gewesen. Es klang der Wunsch hervor, als ob wir entweder schärflicher oder nicht ganz ausreichend gehandelt hätten. Demals war der Ausgelschens ziemlich ungeheuer, die Ausgaben ganz unklar. Da mußten wir Vorkehrungen treffen. Die Militärtransporte haben schließlich zu einem erfreulichen Abschluß bei den Staatseinkünften geführt. Was konnten wir damals aber noch nicht voraussagen. Wir waren damals der Ansicht, daß wir auf lange Zeit mit Defizit rechnen mußten. Deshalb haben wir schon die Mittel für die Gemeinden auf Anleihen übernommen. Die allgemeine Steuererhöhung eine Steigerung der Einnahmen zur Folge haben. Ob sie aber so in die Erreichung getreten wäre ohne die starken Steuerzuschüsse, möchte ich bezweifeln. Wenn die Regierung allen Anforderungen entsprechen würde, würde der Etat ganz erheblich anders aussehen. Aber auch bei größter Sparsamkeit werden wir mit einem weiteren Steigen der Staatsausgaben rechnen müssen. Während des Krieges ist es unmöglich, eine große Anzahl hauptamtlicher Steuerbeamte einzustellen. Das ist eine Frage, die wir der Zukunft überlassen müssen. Daran ändert auch nichts die etwas ironische Art, wie der Abg. Friedberg diese Frage behandelt hat.

Die Friedensfrage.

Abg. Dr. Pashke (Dp.): Lassen Sie mich beginnen mit der Frage, die uns alle bewegt, mit der Friedensfrage. Herr von Bendeband sprach nur von der Ablehnung unseres Angebotes, ich will auch von dem Angebot selbst sprechen. Beides, der Vorschlag, in Friedensverhandlungen einzutreten, wie der Kaiserliche Auftrag nach der Ablehnung dieses Vorschlages entsprach der Lage der Dinge und der Stimmung des Volkes. Der Widerhall im Lande zeigt das. Auch hier im Parlament ist keine Stimme laut geworden, die die Zweckmäßigkeit dieser Maßregel in Zweifel zog. Nur drayen ist das an ganz vereinzelten Stellen geschehen. Schon deshalb erscheint es nicht überflüssig, auch von unserer Seite zu betonen, daß wir für notwendig und richtig hielten, der Welt zu sagen, daß wir zu einem Frieden bereit sind, der Ehre, Dasein und Entwicklungsfähigkeit sichert. In Ihrem Gewissen fühlen sich der Kaiser und sein verworflicher Ratgeber gedrungen, soweit es an ihnen liegt, die Verantwortlichkeit des Krieges zu beenden und den Zusammenbruch Europas zu verhüten. Dafür dankt ihm die Nation aus innerstem Herzen. (Sehr wahr! b. d. Vp.) Das ausgesprochen war richtig mit Rücksicht auf das eigene Land. Die, die da draußen nun schon so lange ihr Blut und Leben einsehen, und die, die zu Hause die Mühsal des Krieges tragen, konnten sich dadurch nur neuem überzeugen, von sie zur Rechenschaft zu ziehen haben für die Not der Zeit. (Sehr richtig! b. d. Vp.) Es war auch richtig gegenüber den Neutralen. In Sympathien haben wir dadurch im neutralen Ausland, in dem wirlich neutralen Ausland, nur gewonnen. Wenn draußen die Frage nach der Schuld am Kriege, eine Frage, die nach unserer festesten Überzeugung schon jetzt von der Geschichte gelöst ist (Sehr gut!) noch unstritten war, so hat man jetzt doch einsehen müssen, daß die Schuld an der Fortsetzung des Krieges allein unsern Feinden zuzuschreiben ist. (Lebh. Sehr richtig!) Nichtig war es aber auch gegenüber den Feinden. Man hat dort die Friedenshand zurückgeschoben. Aber eine Wirkung auf die Völker übt das doch aus. Schließlich war das Angebot auch richtig in Bezug auf den Zeitpunkt. Er war so gewählt, daß uns die Fiktion sicher blieb. Auch die Form hielt sich fern von Ueberhebung und Schwäche. Es ist getadelt worden, daß der Reichstanzler eine Erklärung über das Friedensangebot ausgesprochen habe. Der Abg. Friedberg fragte, wie der Reichstag darauf verhalten konnte, in einer solchen Frage mitzusprechen. Aber das war nicht der Kern der Sache. Die Debatte soll stattfinden und sie wird stattfinden, sie ist nur vertagt worden. Es war von der Mehrheit damals richtig, nicht in eine Erklärung einzutreten, denn es hätte niemand in der Hand zu verhindern, daß sich allerlei vorläufige Kommentare an diese Maßregel knüpfen, die zu Mißverständnissen im Ausland führen konnten. (Sehr richtig! b. d. Vp.) So aber ist dem feindlichen Ausland jede Aussicht für die Ablehnung genommen, nun steht es in seinem ganzen nackten Unrecht da.

Die Eroberungspläne der Feinde.

Der Präsident hat die Ablehnungsnote unverkämmt genannt. Das ist lang. Zugleich aber ist sie die tödlichste diplomatische Note seit langer Zeit, die tödlichste und tollste. Man bekannte sich darin zu Eroberungsplänen, alles Mögliche strafend, was man bisher gesagt hatte, zu Eroberungsplänen, herer Entbillung bei uns heiligen Joren wecken und den festen Entschluß kräftigen mußte, alles daran zu setzen, um sie zu verhindern. Man bekannte sich zu Plänen, die unsere Bundesgenossen nur noch fester an uns schließen mußten. Eine Empfindung beherrschte jetzt das ganze Volk bis in die letzte Blüte hinein, nämlich aus unserem Volke an Energie herauszuholen, was irgend möglich ist. Jedes Opfer muß gebracht werden, jede Entbehrung müssen wir auf uns nehmen. Der Appell des Herrn v. Bendeband an die ihm besonders nahestehenden landlichen Kreise hat uns außerordentlich sympathisch berührt und wir unterschreiben auch das, was er den Städten gesagt hat. (Sehr richtig! links.) Wir haben unsere Friedensbereitschaft erklärt, um zu verhindern, daß der modernen Kultur zu tiefe Wunden geschlagen werden, nicht etwa, weil wir den Frieden höher hätten als unsere Feinde. Wir leuchten niemand nach. (Beifall links.) Herr v. Kardorff hat mit Recht die Erklärung von Kriegszielen für bedenklich erklärt, wenn nicht das Vertrauen zur Herrschaft bestände, daß sie über die Grenze des Erreichbaren nicht hinausgeht. Ganz unsere Meinung. (Sehr richtig! links.) Daß wir den Krieg zu einem glücklichen Ende führen werden, dafür spricht sein

bisheriger Verlauf. Unsere Truppen schreiten mit einem Heldentum, der alles überwindet, von Slog zu Slog, unsere Landboote haben von Monat zu Monat steigende Erfolge und zeigen damit, daß die Vertreter unserer Fraktion, die im Reichstage schon 1908 für einen beschleunigten Bau von Unterseebooten eingetreten sind, als andere die Bedeutung dieser Waffe noch nicht erkannt hatten, auf dem richtigen Wege waren. (Beifall links.)

Vertrauen zu unserer Führung in der U-Boot-Frage.

Die Anwendung der Kampfmittel, auch der Landboote ist, soweit die militärischen Betrachtungen kommen, Sache der militärischen Leitung und, soweit sich politische Folgen daran knüpfen, Sache der politischen Leitung. Mit dem Recht der Entscheidung ist die politische und militärische Verantwortung verbunden, und eine Verschlebung der Verantwortlichkeiten wäre nach keiner Seite ratsam. (Sehr richtig! links.) Wir haben nun einmal kein parlamentarisches System. Gewiß ist die Verbindung zwischen Regierung und Volksvertretung enger geworden. Aber der einzelne Parlamentarier kennt die Berichte der Vorkredner kaum vom Hörensagen, ebensowenig die Akten des Auswärtigen Amtes und des Reichsmarineamtes. Nur was er sich auf Reisen, aus Blättern, aus gesellschaftlichen Verbindungen und aus den Zeitungen beschaffen kann, ist Unterlage für seine Kenntnisse. In intimere Vorgänge wird er nicht eingeweiht. Amtliche Informationsquellen erschließen sich erst spät und nur unvollständig. Selbst im engeren und engeren Kreise werden nur Erwägungen, Gründe und Ergebnisse mitgeteilt, Akten werden nicht vorgelegt. Deshalb kann ein einzelner Parteimitglied für sich eine Verantwortung übernehmen, noch weniger eine Volksversammlung. (Sehr richtig! links u. i. Ztr.) Gemütsstimungen genügen hier nicht, hier muß die volle Sachkenntnis herrschen. Deshalb kann die Entscheidung nur von den berufenen Stellen gefällt werden, die alle in Betracht kommenden Umstände übersehen können. (Sehr wahr! links.) Wir vertrauen darauf, daß die führenden Männer diese Entscheidung im vollen Bewußtsein ihrer Tragweite fällen werden. (Beifall.) Damit bleiben wir auf der Linie, die wir von jeher eingenommen haben. Wir haben stets erklärt: entwinden lassen wir uns diese Waffe nicht, ob und wann sie angewendet ist, bestimmen die, die die ganze Lage übersehen können. Führt ein sorgfältiges und gewissenhaftes Abwägen aller militärischen, politischen und wirtschaftlichen Momente zu bestimmten Entschlüssen, dann tritt ein Volk, das der Besonnenheit der Führung vertraut, hinter die Regierung, dann sind Regierung und Volk eins. (Lebh. Beifall.) Wir hätten gewünscht, daß andere die gleiche Vorsicht und Zurückhaltung geübt hätten. Leider ist das nicht geschehen.

Die Agitation gegen den Kanzler.

Die U-Boot-Agitation hat vielfach das sächsische Gebiet verlassen und sich persönlich zu einem Kampf gegen den Kanzler zugehört. (Sehr wahr! links.) Ich erinnere an das Nachwort von Junius Alter, über das ja der Kanzler in seiner Rede über die Vorkredner der öffentlichen Meinung das Erforderliche gesagt hat. Ich verweise weiter auf das, was sich außerhalb der Session in diesem Hause und anderswo, z. B. in München, abgespielt hat. Mit Recht hat der Vizepräsident des Staatsministeriums heute gesagt, daß vor dem Ansehen der leitenden Staatsmänner erschütterter, vor sich und vor dem Volke eine schwere Verantwortung übernimmt. (Sehr wahr! links.) Wir sind nicht eingeschoren auf Personen. (Zurufe rechts: Hal! Hal, Sehr richtig! links.) Für uns ist lediglich die politische Grundausfassung maßgebend. (Erneute Zustimmung links.) Was ihr gemäß ist, unterstützen wir, was ihr zuwider läuft, bekämpfen wir, allerdings nicht persönlich und nicht in Formen, wie wir sie jetzt zum Teil erleben. Solange der leitende Staatsmann eine Politik treibt, die uns richtig erscheint, solange stehen wir auf seiner Seite. (Sehr richtig! links — urufe rechts: Ist das Patriotismus? — Unruhe links.) Wir verbitten uns berartige Zurufe, die die Lauterkeit unserer Anschauungen in Zweifel ziehen. (Beifall links.) Es ist ein Verdienst des Reichstanzlers, daß er ein gutes Verhältnis zu der Arbeiterklasse aller Richtungen gesucht und gefunden hat. Der größte Teil der deutschen Arbeiterklasse freut sich der deutschen Siege. Wenn vom Kanzler im ersten Anprall der Ereignisse neben bescheidenen und wichtigen Worten ein Wort gefallen ist, das besser nicht gesprochen wäre, so soll man es doch nicht bei jeder möglichen und unmöglichen Gelegenheit immer von neuem vorbringen, woran nur das Ausland Freude haben kann. (Lebh. Zustimmung links.) Jetzt kann niemand mehr von einem deutschen Unrecht an Belgien sprechen. Wir haben ein Interesse auch an der Stetigkeit der Leitung. Um uns herum sind die Minister gefallen wie die Halme unter dem Schnitt der Sense. Die deutsche Leitung aber stand fest. Bei uns ist die Autorität unerschütterter und wir brauchen sie noch für die Fortsetzung des Krieges und bei den Friedensverhandlungen. Einheitslichkeit und Geschlossenheit in der Gesamthaltung ist ein wesentlicher Altoposten in der politischen Rechnung. Deshalb werden wichtige vaterländische Interessen durch die erwähnte Willkür verletzt. (Sehr richtig! links.) Die Bedrohungen, eine Gesellschaft für Völkerrrecht zu stiften, müssen unterstellt werden. Wir brauchen in Zukunft ein Völkerbündel, allerdings auch eine Macht, die hinter den internationalen Verträgen steht.

Das Fideikommissgesetz.

Die Zweite Kolonisation wird und muß fortgesetzt werden. Mit ihrem Zweck steht aber im schroffen Widerspruch das eingedachte Gesetz über die Fideikommiss (Lebh. Sehr richtig!) Die Anregung dieser Frage stellt geradezu einen Bruch des Burgfriedens dar. Alles drängt bei uns auf die Ausdehnung der Anbaufläche und der Viehhaltung. Statt dessen will man die freieste Bodenfläche noch verringern. Dieses Gesetz bedeutet auch einen Schlag gegen den Reichstag, der einen gegenwärtigen Beschluß gefaßt hat. Wir werden diesem Gesetz den schärfsten Widerstand entgegenstellen. (Beifall links.) Wenn innerpolitische Erörterungen jetzt nicht am Platze sind, dann auch nicht die Verhandlungen über das Fideikommissgesetz. Was sich jetzt in der Kriegszeit an geistigen Werten gezeigt hat, muß auch für die Zukunft nutzbar gemacht werden. Parteien und Regierung sind voll von Lobpreisungen des Volkes und seiner Taten. Möge man nun auch entsprechende Taten folgen lassen und das Vertrauen des Volkes erwidern. Es sind Reformen zur Stärkung des Parlaments nach innen und außen notwendig und zweckmäßig.

Das Reichstagswahlrecht für Preußen.

Ein Parlament muß die Stimmung des Volkes widerspiegeln, und deshalb muß ein Wahlrecht, das ganze Klassen beschränkt oder entzweit, abgeändert werden. Diesem Grundsatze entspricht das Reichstagswahlrecht. (Zustimmung bei den Vp.)

Wenn in dieser wichtigsten Schicksalsfrage eine Vorlage kommt und die Regierung sich damit entschließt, dann darf sie auch vor scharfen Widerständen nicht zurückweichen und muß das Feuerstöße folgen. Die Reform muß vor den nächsten allgemeinen Wahlen erfolgen. Bei der Besetzung der Staatsämter darf nicht einseitig verfahren werden. Was nicht das Wort von der freien Bahn für alle Tüchtigen, wenn es nicht angewendet wird. Nur eine Aristokratie des Geistes darf das Volk führen. Mit der Durchführung der vollen Gleichberechtigung muß endlich Ernst gemacht werden. Zur Neuorientierung gehört auch eine andere Behandlung der Arbeiterverbände und eine Förderung der kommunalen Selbstverwaltung. Schließlich muß der Reichstag dankbar gestärkt werden. Wir sind gute Preußen, aber nicht preußische Partikularisten. Wir haben jetzt aus zum letzten, entscheidenden Schlag und wir halten durch bis zum vollen Sieg. (Lebhafte Beifall links.)

Das Haus vertagt die weitere Beratung auf Freitag 11 Uhr.